

BESCHLUSS DER BUNDESTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



» AGRARWENDE JETZT!

Maßnahmenkatalog für eine grüne Landwirtschaft und gutes Essen

Weimar, 9. Januar 2015

Was für eine Landwirtschaft wollen wir? Wie soll unser tägliches Brot erzeugt werden? Und welche Auswirkungen sind wir bereit, dafür in Kauf zu nehmen?

Die Art und Weise wie wir unsere Lebensmittel produzieren und konsumieren, ist eine der zentralen ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit. Doch seit Jahren betreibt die Bundesregierung eine Politik, die nicht zukunftsfähig ist und von der nur wenige profitieren.

Umweltverbände, Tierschützer, Humanmediziner, VertreterInnen der bäuerlichen Landwirtschaft und der Sachverständigenrat für Umweltfragen schlagen Alarm: Antibiotikamissbrauch und Tierquälerei in der Massentierhaltung, Monokulturen und rapides Artensterben, Landraub, verseuchtes Grundwasser und überdüngte Böden sind nur die offensichtlichsten Missstände dieser politischen Fehlsteuerung. Neue Skandale werden im Wochen-Takt aufgedeckt.

Die ungerechte Agrarpolitik und der Dumping-Wettbewerb graben vielen Bäuerinnen und Bauern das Wasser ab. Immer mehr kleine und mittlere Betriebe müssen aufgeben – hier und anderswo. Der Ökolandbau stagniert trotz boomender Nachfrage. Gutes Handwerk wird ersetzt durch industrielle Fertigung. Besonders dramatisch ist die Situation in den Mega-Schlachthöfen, wo Tiere misshandelt und Menschen unter unsäglichsten Bedingungen ausgebeutet werden.

Weltweit sind 850 Mio. Menschen vom täglichen Hunger bedroht, 2,5 Mrd. Menschen sind dauerhaft mangelernährt. Die Industrienationen überschwemmen mit billigen, subventionierten Lebensmitteln den Markt vieler Entwicklungsländer und verhindern damit den Aufbau einer weitgehend rentablen, eigenständigen Landwirtschaft. Die westliche Agrarpolitik – Deutschland spielt hierbei eine treibende Rolle – versucht verstärkt, die Agrarexporte auszudehnen und zugleich die industrielle Agrarproduktion in den Entwicklungsländern voranzutreiben. Die vielen kleinen Projekte, die die Entwicklung ländlicher Strukturen voranbringen sollen, ändern nichts an der Gesamtentwicklung und haben oftmals reine Greenwashing-Funktion. Unsere industrielle Agrarproduktion ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des globalen Hungerproblems.

Immer mehr Menschen haben diese Fehlentwicklungen satt. Eine wachsende Bewegung demonstriert gegen Industrieställe, Gentechnik und den zweifelhaften Einfluss von multinationalen Agrokonzernen wie Monsanto. Sie fordern eine bessere und gerechte Landwirtschaft.

Doch die Bundesregierung quittiert die massiven Missstände mit einem bloßen Achselzucken. Statt die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, bedient sie ungerührt die Interessen der Agrarindustrie. Mit unverbindlichen Tierschutz-Zusagen der Industrie will sie den immer lauter werdenden Unmut über die Zustände in den Mastanlagen überdecken. Neue Zulassungen für Gentech-Saatgut lässt sie ungehindert passieren. Und sie verschleppt und verwässert die Reform der Düngeverordnung, die dringend benötigt wird, um den Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin trinkbares Wasser zu sichern. Stattdessen fördert sie weiter Massentierhaltungsanlagen, schafft Hintertüren für Gen-Soja und treibt reihenweise bäuerliche Betriebe in die Pleite.

Wir Grüne wollen eine Agrarwende hin zu einer Landwirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Wir wollen eine Landwirtschaft, die Tiere artgerecht behandelt, die das Klima schützt und die Artenvielfalt bewahrt. Eine Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern jenseits des Wachsens oder

Weichens eine Perspektive bietet. Wir wollen eine Politik, die Umweltleistungen und Tierschutz belohnt, anstatt sie zum Wettbewerbsnachteil zu machen, ohne dass Menschen in den Agrarfabriken und Schlachthöfen ausgebeutet werden. Wir wollen eine Landwirtschaft fördern, die ohne Gentechnik, Antibiotikamissbrauch und Pestizide arbeitet. Eine Landwirtschaft, die den Hunger in der Welt bekämpft und nicht verschärft. Und eine Politik, die den regionalen und ökologischen Anbau stärkt statt auf Fleischexporte zu setzen. Eine Handelspolitik, die auf Fair –Trade setzt und das Recht auf Nahrung auch global durchsetzt. Eine Politik, die gute Lebensmittel fördert und für Verbraucher klar erkennbar macht, was sich hinter bunten Verpackungen verbirgt und woher das Fleisch wirklich stammt.

Gerade im Rahmen der TTIP-Verhandlungen müssen Verbraucherinformationen und Kennzeichnungen von Lebensmitteln gesichert und gestärkt werden, statt diese als Verhandlungsmasse feil zu bieten, wie das Landwirtschaftsminister Schmidt aktuell im Fall des europäischen Herkunftsschutzes für regionale Spezialitäten oder mit Vorschlägen für intransparente Barcode-Kennzeichnungen für Gen-Food tut.

Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel. Die Agrarwende ist dringend notwendig. Die Bundesregierung muss dafür sofort handeln. Wir zeigen auf, wie es geht:

SIEBEN SOFORTMAßNAHMEN FÜR DIE AGRARWENDE:

1. Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistung

Bäuerliche Betriebe, die umwelt- und tierverträglich wirtschaften, müssen unterstützt werden.

Die Bundesregierung

- legt daher umgehend eine Änderung des Direktzahlungsgesetzes vor, die die EU-Direktzahlungen auf 150 000 € pro Betrieb deckelt und 30% der Gelder für die ersten 46 ha umschichtet und damit gezielt bäuerliche Betriebe unterstützt. Über eine erhöhte Umverteilung in die sogenannte zweite Säule der Agrarpolitik werden die Agrarumwelt- und Tierschutzprogramme gestärkt.

2. Massentierhaltung stoppen

Der Bau weiterer Massentierhaltungsanlagen und die Verseuchung des Grundwassers mit Nitrat müssen gestoppt werden.

Die Bundesregierung

- legt daher umgehend eine Änderung des Baugesetzes vor, die absolute Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen vorsieht und nach der die Gemeinden den Bau weiterer Anlagen stoppen können, wenn die Zahl der Tiere maximal zwei Großvieheinheiten (entspricht 2 Kühen) pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche übersteigt;

reduziert mit einem verschärften Düngegesetz und einer strikteren Düngeverordnung die Güllemengen und sorgt damit für eine bessere Luft- und Wasserqualität.

3. Antibiotikamissbrauch stoppen

Der ausufernde Antibiotikaeinsatz, sowohl in der industriellen Massentierhaltung als auch in der Humanmedizin, fördert die zunehmende Ausbreitung resistenter Erreger und gefährdet somit zunehmend die Gesundheit der Menschen. Aufgrund der fehlenden Therapiealternativen beim Menschen gegen diese Erreger ist es dringend geboten, Antibiotika gezielter und dosierter einzusetzen. Das Problem der übermäßigen Antibiotikavergabe muss dabei auf verschiedenen Ebenen angegangen werden.

Die Bundesregierung

- legt daher umgehend eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes vor, um das Screening von Patienten mit multiresistenten Erregern zu verbessern. Gemeinsam mit den Bundesländern setzt sie sich für verbesserte Hygienestandards in Krankenhäusern und Heimen ein;
- legt daher eine Änderung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Nutztierhaltungs-Verordnung vor, die dafür sorgt, dass Tiere mehr Platz, Auslauf und Beschäftigung haben (Mast-schweine müssen z.B. umgehend mindestens 40 % mehr Platz erhalten). Das fördert die Ge-sundheit der Tiere und gesunde Tiere brauchen keine Antibiotika;
- legt eine Änderung des Arzneimittel-Gesetzes vor, die Reserveantibiotika aus den Ställen ver-bannt und Mengenrabatte beim Handel mit Antibiotika abschafft.

4. Gentechnikfreiheit schaffen

Die Äcker und Lebensmittel in Deutschland und Europa sollen gentechnikfrei sein, wie es die übergro-ße Mehrheit der VerbraucherInnen und BäuerInnen will. Dazu muss ein chaotischer Flickenteppich aus Ländern mit und ohne Anbauverbot verhindert werden. Dem schleichenden Einzug von tierquäleri-schem Klonen in die Lebensmittelerzeugung muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Bundesregierung

- regelt die Umsetzung der von der EU ermöglichten Anbauverbote in der anstehenden Novellie-rung des Gentechnikgesetzes bundeseinheitlich und spricht diese Anbauverbote auch conse-quent bei allen zum Anbau anstehenden Gen-Pflanzen aus;
- stimmt in der EU konsequent gegen die weitere Zulassung von gentechnisch veränderten Pflan-zen und für die Kennzeichnung von Lebensmitteln von mit Gentechnik gefütterten Tieren.

5. Gute Ernährung von Anfang an

Kinder sollen von Anfang an gut essen – gerade auch in Kita und Schule.

Die Bundesregierung

- legt ein Präventionsgesetz vor, das die Institutionen in den Alltagswelten stärkt, um gesunde Ernährung zum festen Bestandteil in Kitas, Schulen, Unternehmen und Pflegeeinrichtungen zu machen;
- leistet umgehend ihren Beitrag, die „Vernetzungsstellen Schulverpflegung“ finanziell und langfristig abzusichern und entwickelt diese gemeinsam mit den Ländern zu Kompetenzen-tren Gemeinschaftsverpflegung auch für Kitas weiter
- richtet im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz und des Bundespro-gramms Ökologischer Landbau einen Förderschwerpunkt Schulverpflegung ein, um den Auf- und Ausbau regionaler Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Belieferungsstrukturen für die Schulverpflegung voranzubringen und den Anteil regional und ökologisch erzeugter Lebensmit-tel in der Schulverpflegung auszubauen.

6. Transparenz schaffen

VerbraucherInnen haben ein Recht darauf zu wissen, was sie essen, ohne dabei getäuscht zu werden.

Die Bundesregierung

- sorgt dafür, dass die Freiheitshandelsabkommen CETA und TTIP so gestaltet werden, dass sowohl eine verbraucherfreundliche transparente Kennzeichnung von Gen-Food als auch Regelungen der Regionalkennzeichnung gesichert werden;
- führt eine Herkunftskennzeichnung und eine Haltungskennzeichnung für Fleisch analog zur Eierkennzeichnung ein und schafft im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch die Grundlage für eine bundesweit einheitliche Hygiene-Ampel in Restaurants und;
- erarbeitet eine verständliche Nährwertkennzeichnung in Form einer Nährwertampel, die zusätzlich zur Pflichtkennzeichnung für die VerbraucherInnen Klarheit über den Gehalt an Zucker, Fett und Salz im jeweiligen Lebensmittel schaffen soll;
- beschließt eine Reform der Lebensmittelbuchkommission, die unter anderem Leitsätze zur Herstellung und Zusammensetzung von Lebensmitteln festlegt. Ziel ist, die Arbeit dieses Gremiums transparenter zu machen, die Vertretung von VerbraucherInneninteressen zu stärken und die Aktualität von Leitsätzen anhand neuer Erkenntnisse regelmäßig zu überprüfen;
- legt eine Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes vor, damit VerbraucherInnen von den Unternehmen Informationen über ihre Lebensmittel einfordern können.

7. Entwicklungspolitik neu ausrichten

Die Deutsche Entwicklungspolitik kann helfen, die Agrarproduktion in vielen Entwicklungsländern zu verbessern, indem sie verstärkt die ländliche Entwicklung fördert und die bäuerliche Landwirtschaft unterstützt. Damit kann sie zu einer dauerhaft verbesserten Lebensmittelversorgung beitragen. Außerdem werden viele Arbeitsplätze erhalten, die Landflucht würde eingedämmt.

Die Bundesregierung

- beendet daher die öffentlich-private Partnerschaften mit der Großindustrie, die diesen Zielen widersprechen;
- fördert ab sofort verstärkt die regionale Landwirtschaft in den Entwicklungsländern;
- stimmt auf EU-Ebene gegen die kurz vor der Ratifizierung stehenden Handelsverträge zwischen der EU und Westafrika (EPA) und setzt sich stattdessen für faire Handelsverträge ein.